

Peter Steinbuck

20.08.2011

Paul Gerhardt Ring 5

21493 Schwarzenbek

Tel. 04151-2575

E-mail: Peter.Steinbuck@t-online.de

Ein neues Steuer- und Sozial-Konzept für Deutschland

Der Staat reduziert als erstes seine Aufgaben auf das Notwendige. Er zieht sich aus allen Bereichen zurück, für die er nicht gedacht ist.

Seine Aufgaben sind:

Sicherheit / Justiz (Polizei, Militär, Gerichte)

Bildung / Forschung (Zu Schul-Bildung habe ich bereits 2008 einen Text veröffentlicht)

Verkehr (als Planer oder Betreiber)

Versorgung (Wasser / Energie/Lebensmittel) als Überwacher oder als Betreiber

Verwaltung

Gesundheit

Wirtschaftsförderung (nur durch günstige Kredite an Firmen)

Auswärtiges

Katastrophen-Hilfe

Das Finanzamt rechnet aus wie viel Geld der Staat für diese Aufgaben benötigt und korrigiert die Steuersätze in der nachfolgenden Tabelle so, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann.

Steuer-Tabelle:

Siehe Excel-Tabelle „11.08.20 Neues Steuerkonzept für Deutschland.xls“

Bürgergeld:

Jeder Bürger, der eine Aufenthaltsgenehmigung und eine Arbeitsgenehmigung für die BRD hat und seine Kinder, erhält ein Bürgergeld von z.B. 400 € / Monat (Höhe kann geändert werden) vom Finanzamt auf ein eigens dafür geschaffenes Konto beim Finanzamt, welches automatisch weitergeleitet wird auf ein Giro-Konto des Bürgers. Dieses Geld wird von Zeitpunkt des Eintreffens (Geburt oder Zuwanderung) bis zum Verlassen (Tod oder Auswanderung) automatisch gezahlt.

Dadurch braucht in Deutschland kein Hartz IV mehr beantragt werden, was von vielen als Demütigung empfunden wird. Sozialgerichte brauchen sich nicht mehr mit falsch bearbeiteten Anträgen auseinander setzen. Dies ist ein höchstes Maß an Gerechtigkeit, da jeder Bürger gleich behandelt wird.

Peter Steinbuck

20.08.2011

Paul Gerhardt Ring 5

21493 Schwarzenbek

Tel. 04151-2575

E-mail: Peter.Steinbuck@t-online.de

Steuern:

Arbeitet ein Bürger, so muss sein Brutto-Gehalt vom Arbeitgeber über das oben genannte Konto des Finanzamtes ausgezahlt werden und wird nach Abzug der zu zahlenden Steuer (siehe Tabelle) auf das Giro-Konto des Arbeitnehmers vollautomatisch ausgezahlt. Das oben beschriebene Bürgergeld wird auf folgende Weise zurück gezahlt. Ein Viertel des Brutto-Gehalts wird so lange abgezogen, bis das Bürgergeld vollständig zurück gezahlt worden ist (siehe Tabelle). Dadurch braucht der Arbeitnehmer keine Steuererklärung mehr abgeben.

Der Staat subventioniert keine Investitionen mehr durch Steuergeschenke.

Private Immobilien z.B. werden nicht mehr abgeschrieben. Dafür ist der Erlös beim Verkauf auch steuerfrei.

Firmen können die Gehälter nur noch steuerlich geltend machen, wenn sie diesen Weg der Auszahlung gewählt haben.

Gesundheit:

Die Krankenversorgung wird steuerfinanziert und steht für jeden Bürger in gleichem Maße zur Verfügung.

Wer Extremsport betreibt, sollte sich dafür privat versichern. Berufliche Krankheiten und Unfälle sind bereits durch die Berufsgenossenschaften abgedeckt. Ungesunde Lebensmittel werden mit Aufschlägen für die Krankenbetreuung beaufschlagt, wie ich es in meinem Buch 2008 schon beschrieben habe.

Altersversorgung:

Eine Rentenversicherung im heutigen Sinne gibt es nicht mehr. Es wird heute ein Schnitt gemacht. Jeder Bürger erhält auf Grund seiner bisher geleisteten Zahlungen eine Information wie viel Geld er mit 65 Jahren erhalten wird. Für weiteren Bedarf ist er selbst verantwortlich, oder er lebt vom gezahlten Bürgergeld. Abzüge beim Gehalt für Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung gibt es ab jetzt nicht mehr. Jeder Bürger kann sich privat gegen diese Risiken absichern. Diese restlichen noch zu zahlenden Renten werden steuerfinanziert.

Wir brauchen mehr Eigenverantwortung für den Bürger und weniger Staat.

Gerechtigkeit bei Lebensentscheidungen:

Eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern kommt z.B. mit seinem Einkommen gut zurecht. Entscheidet sich diese Familie getrennt zu leben und muss zwei Wohnungen finanzieren, dann wird es

schon oft mal sehr eng mit den finanziellen Möglichkeiten. Warum aber soll die Gesellschaft diese Entscheidung finanziell unterstützen, oder warum soll die Gesellschaft finanziell unterstützen, wenn sich jemand entscheidet als Single oder als Alleinstehender mit Kindern zu leben. Jeder soll sich selbst organisieren. Hilfestellung können religiöse oder karikativere Einrichtungen geben.

Hohe Steuern bei sehr hohen Einkommen:

Die relativ hohen Steuersätze bei hohen Einkommen sind deshalb gerechtfertigt, da niemand mehr als 2.000.000 € im Jahr verdienen muss um sein tägliches Brot und ein warmes Dach über dem Kopf finanzieren zu können. Gehälter über diesem Betrag hinaus dienen nur dem eigenen Ego. Der soziale Ausgleich schafft Sicherheit in einem Land.

Besteuerung von Firmen:

Firmen werden nach den heute festgelegten oder anderen Steuersätzen weiter besteuert. Die Prüfung, ob Steuern richtig gezahlt werden, wird wie bisher durch Mitarbeiter der Finanzämter, jedoch jetzt regelmäßig, durchgeführt. Sollte ein Steuerprüfer den Verdacht haben, dass Steuern nicht richtig gezahlt wurden, dann gibt er die Prüfung an die Abteilung Steuerfahndung ab. Diese Steuerfahnder erhalten kein Gehalt mehr, sondern erhalten direkt den ermittelten Fehlbetrag als Erfolgsprämie. Der Steuersünder zahlt den vierfachen Fehlbetrag direkt als Strafzahlung an das Finanzamt aus. Der Steuersünder kann den Fehlbetrag von einem Gericht prüfen lassen. Sollte ein Steuerfahnder wiederholt falsch ermitteln, dann wird er diesen Job nicht mehr ausführen dürfen. Steuerprüfungen stören nicht den Ablauf einer Firma, es sei denn es ist etwas zu verbergen. Die Steuerfahnder können so lange sie wollen in den Firmen bleiben. Die Zeit wird sich aus den zu erwartenden Geldbeträgen und den noch anstehenden anderen zu prüfenden Firmen ergeben.

Thema Reichensteuer:

Ein einmal legal erworbenes und bereits einmal besteuertes Kapital noch einmal versteuern zu wollen ist Diebstahl.

Stellen wir uns vor ein Bürger hat ein Kapital von 1.000.000 €.

Ab diesem Wert soll er 5 % Reichensteuer bezahlen = 50.000 €

Weiterhin verdient er zurzeit 100.000 € im Jahr und zahlt zurzeit ca. 35 % = 35.000 € Steuern.

Dann bekommt er für seine Arbeit nur noch 15.000 € netto pro Jahr. Warum sollte er denn noch arbeiten. Er könnte sein Kapital auf 999.000 € reduzieren und zahlt dann gar keine Steuern mehr. Leute die über 100.000 € verdienen sind der Motor unserer Wirtschaft.

Peter Steinbuck

20.08.2011

Paul Gerhardt Ring 5

21493 Schwarzenbek

Tel. 04151-2575

E-mail: Peter.Steinbuck@t-online.de

Rechtmäßig oder legal erworbenes Kapital:

Diskutiert werden kann aber was unter legal erworbenem Kapital zu verstehen ist. Ist es durch eigene Schaffenskraft entstanden, oder durch Zuwendung unter einer monarchistisch geprägten Vergangenheit.

Wenn es nicht legal, also nicht durch eigene Schaffenskraft, sondern durch Zuwendung erworben wurde, dann ist weiter zu fragen, ob es heute einen gesellschaftlichen Nutzen hat, oder nur noch verbraucht wird.

Wenn Kapital gut verwaltet wird und Menschen einen Arbeitsplatz bietet, dann ist der Nutzen groß. Privates Eigentum wird einfach besser verwaltet als staatliches.

Wenn es aber nur noch verbraucht/verprasst wird, dann sollte man vielleicht doch einmal über eine Rückführung durch Besteuerung nachdenken.

Steuerrechtsentscheidungen:

Der Staat darf neue Gesetze nur so verabschieden, so dass eine wirtschaftlich getroffene Entscheidung sich dadurch nicht zum Nachteil auswirkt. Nur neue Entscheidungen dürfen davon betroffen sein. Als Beispiel möchte ich anführen die Veränderung der Fristjahre für die Steuerfreiheit für nicht selbst genutzte Immobilien. Die Haltefrist wurde von 2 auf 10 Jahre heraufgesetzt. Dies galt auch für Immobilien, die schon z.B. ein Jahr vorher gekauft worden sind. Wollte ein Eigentümer solch eine nicht selbst genutzte Immobilie nach insgesamt 2 Jahren verkaufen, so konnte er es nicht mehr steuerfrei, sondern musste noch 9 Jahre warten. Diese Steuerbindung auf 10 Jahre hätte erst für neu anzuschaffende Immobilien gelten dürfen. Der Staat darf wirtschaftlich getroffene Entscheidungen, die unter einer geltenden Gesetzeslage getroffen wurden nicht kippen.

Kündigungsschutz:

Der Kündigungsschutz wird aufgehoben. Dies darf aber nicht bestehende Arbeitsverträge betreffen. Deshalb könnte man vielleicht für jede Rechtsform einer Firma eine Variante mit und ohne Kündigungsrecht schaffen. Dann würde der Markt entscheiden, welche Form für die Zukunft die erfolgreichere ist.

Mindestlohn:

Eine Durchschnitts-Familie z.B. aus Vater, Mutter und zwei Kindern würde ein Bürgergeld von 1600 € erhalten, was unter den heute gezahlten Hartz IV Sätzen liegt. Einer der Erwachsenen sollte mit seiner Arbeitskraft mindestens diesen Betrag überschreiten können. Ein normaler Arbeitsmonat hat 170 Stunden. Das bedeutet, dass dieser Arbeitnehmer mindestens 10 € Stundenlohn erhalten muss.

Peter Steinbuck

20.08.2011

Paul Gerhardt Ring 5

21493 Schwarzenbek

Tel. 04151-2575

E-mail: Peter.Steinbuck@t-online.de

Schuldenkrise:

Alle Euro-Staaten verpflichten sich nur noch Kredite bei der EZB aufzunehmen. Diese kauft alle Kredite aller Staaten auf und überwacht die Tilgung der einzelnen Länder.

Alle Euro-Staaten erhalten einen niedrigen Zinssatz und verpflichten sich alle Schulden linear in den nächsten 30 bis 50 Jahren zurück zu zahlen. Neue Kredite können nur noch in Abstimmung mit allen Ländern zur Wirtschaftsförderung an Firmen gewährt werden. In 50 Jahren sind alle Euro-Staaten schuldenfrei.

EU und Steuern:

Die Steuern werden in allen EU-Staaten angeglichen, so dass es keinen Steuerwettbewerb mehr gibt.

Abschreibungen von Investitionen bei Firmen:

Abschreibungen über mehrere Jahre verteilt sind zinslose Zwangskredite des Staates bei denen, die das Geld erwirtschaften, den Firmen.

Steuern durch Gewinne und Lohnsteuern werden eigentlich immer in Firmen verdient.

Hat eine Firma in einem Jahr 100.000 € verdient und kauft sich für die Produktion eine gleich teure Maschine für 100.000 € und hat sie nach dem Bezahlen der Rechnung einen ausgeglichenen Kontostand, so muss sie eventuell Insolvenz anmelden. Denn das Finanzamt erlaubt der Firma z.B. nur eine 4 jährige Abschreibungszeit und fordert sofort die Steuer auf 75.000 €. Wenn die Liquidität nicht ausreicht, dann muss die Firma entweder einen teuren Kredit aufnehmen um die Steuer zu finanzieren, die Maschine teuer leasen, oder wegen Geldmangel schließen. Durch die Abschreibungszeit wird der Firma die Steuer auf jeweils ein Viertel des Kaufpreises in den Folgejahren wieder erstattet. Das ist eindeutig ein zinsloses Zwangsdarlehen des Staates.